

# Wossische Zeitung



Berlinerische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhofs (A 7) 3600—3665, Fernverkehr: Dönhofs 3696—3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto, Berlin 666. Monatlich 3.90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1.24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

**Berlin**  
SONNABEND, 9. JANUAR 1932

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Mischel, Berlin. Anzeigen-Preis: nm-Zelle 5 Pfennig. Familien-Anzeigen: nm-Zelle 20 Pfennig. Keine Verantwortlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Anwerter] 15 Pf. Nr 14

MORGEN-AUSGABE

## Rücktrittsgeuch Briands

Läßt Laval ihn gehen?

Eigene Meldung der Wossischen Zeitung

PARIS, 8. JANUAR

Wie wir schon mit Sicherheit erfahren, hat Außenminister Briand sein Portefeuille aus Gesundheitsgründen heute nachmittag dem Ministerpräsidenten Daladier zur Verfügung gestellt.

Dieser Schritt hat die französische Öffentlichkeit nicht überrascht. Man spricht sogar davon, daß er seit dem Tode Maginots bereits mehrere Male seinen Rücktritt angeboten, wovon ihn aber jedesmal abgelehnt habe. Auch heute ist es noch nicht bekannt, wie der Ministerpräsident sich dazu stellen wird.

Briands Bemerkungen, das seinen Schritt näher begründet, wird wahrscheinlich erst nach der Bestätigung des Kriegsministeriums über die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Bis auf weiteres ist man auf Vermutungen und Gerüchte über die Beweggründe der Demission angewiesen. Briand hat sein Portefeuille, wie man hört, aus „Gesundheitsrücksichten“ zur Verfügung gestellt.

Briands bisherige ablehnende Haltung den Demissionangeboten Briands gegenüber, so wird ebenfalls in politischen Kreisen bemerkt, läßt nicht darauf schließen, daß dieser Rücktritt direkt mit dem schlechten Gesundheitszustand Briands motiviert wird, im Gegenteil, es hat den Anschein, als ob Briand — vielleicht sogar in erster Linie — politische Gründe angegeben habe. So viel scheint jedenfalls sicher zu sein, daß Briand mit seiner Demission einer Gesundheitskrise des Kabinetts ausweichen wollte, damit es nicht den Anschein habe, als sei sein Schritt als Ursache zum Schritt des Gesundheitsministers gelten kann. Das will allerdings nicht bedeuten, daß Laval nicht doch noch Anfang nächster Woche dem Präsidenten der Republik die Demission überreicht.

Jedenfalls wird jetzt der bisherige latente Gegensatz zwischen dem Ministerpräsidenten Daladier und Außenminister Briand akut. Frankreich steht vor einer bedeutenden neuen innenpolitischen Phase, da jetzt die Briand'sche Außenpolitik bei den Wahlen vor dem Volk gebracht werden muß.

## Dreierlei Mitteleuropa

Von  
KARL LAHM,

Berichterstatter der Wossischen Zeitung

WIEN, IM JANUAR

Es besteht noch keine Lavinengefahr. Aber Großdeutsche und Landwirte stellen die Warnung angedeiht, die sich mehrenden Weltzeitschriften für notwendig: Der neue Bund ausgeföhren! Weil von dem Donaubund Deutschland ausgeschlossen sein soll, obgleich es zu den Staaten an der Donau gehört.

Drei Lösungen der mitteleuropäischen Frage gibt es — die kleine, die mittlere und die große —, ein genauer Kenner aller vorhandenen Pläne, Vertreter Oesterreichs bei internationalen Wirtschaftsverhandlungen, machte diese Unterscheidung, nannte die kleine Föderation Oesterreichs Wirtschaftsbündnis mit Ungarn oder mit der Tschechoslowakei, die mittlere die jetzt bekannteren anempfohlene Zusammenfassung Oesterreichs, Ungarns und der Tschechoslowakei, die große die Vereinigung aller Nachbargeschichten, unter Hinzunahme vielleicht auch Bulgariens. Einige der Selbstbestimmten Mitteleuropas wollen zur großen Lösung in freiwilligen Aufbau gelangen, von der kleinen oder mittleren Föderation ausgehend, unter Patronat Frankreichs, Italiens und auch Deutschlands. Eine angedeutete Gefahr der Forderung, die über die im Vorbericht der Debatte stehende mittlere Donauabänderung eine Enquete durchführte, wurde in Prag gesagt, die Tschechoslowakei müsse die Zustimmung Frankreichs mitbringen, Ungarn die Italiens, Oesterreich die Deutschlands, jeder seinen Vaterland.

Zu Welchnadit und Neujahr ergoß sich in die Zeitungen eine Flut von staatsmännlichen Meinungen zu all diesen Plänen; man sieht recht deutlich, was jeder will oder nicht will, lautet es sich um die Politik handelt, und man sieht nur sehr unklar, was jeder wirtschaftlich erhofft oder zu bewilligen geneigt. Hier ist die Vermittlung so groß, daß Goudenhove-Kalery, in dessen Bureaupapier alle Grenzen ganz von selbst bedeutungslos werden sollten, in völliger Umkehr seines Grundgedankens zu Einzelheit die Parole auswarf: Revision der Friedensverträge, zurück zu den vierzehn Punkten Wilsons.

Wenn man die Festlagererklärungen Dr. Benešs, so in der „Wochenschrift“ und dem „Welt Herald“, Dr. Goudenhoves, so im „Welt Herald“, und des Grafen Weizsäcker im „Welt Herald“ u. a. miteinander vergleicht, sieht man, wie miteinander die „Kontraste“ von jeder einheitlichen Linie bisher entfernt sind. Am optimistischsten sprach sich der tschechoslowakische Außenminister aus: „Die unauffällige Vogt des Mitteleuropas zwingt die wirtschaftliche und historische in stark auseinander verflochtenen kleinen Nachbarkontinenten Mitteleuropas, sich einander zu nähern.“ „Die Vogt erfordert eine politische und wirtschaftliche Annäherung Ungarns und der Tschechoslowakei“. Dr. Schöber, der nach Wählungen der Jollition von den Schwärzgebirgen erfolglos Bestämpfte, lehrt zu seinem Oesterreich Anfangsgebunden zurück, die allgemeine europäische Einigung durch eine regionalen Wiederaufbau der Wirtschaft vorzubereiten, wobei ein Staat zugleich mehreren Wirtschaftskomplexionen angehören könne. Graf Weizsäcker mochte zur Voraussetzung der wirtschaftlichen Verständigung Ungarns mit der Tschechoslowakei die politische, und da der „Temps“ ihn lobte, indem er diese politische Voraussetzung überprüfte, unterrichtete der „Welt Herald“, was Weizsäcker meinte: Ungarn könne nicht einmal am Verhandlungstisch Platz nehmen, solange die Tschechoslowakei nicht die gegen Ungarn veranfaßten Forderungen einsehe und die Wählungen auf diesem Gebiet anhängiger behandle. Wenn dann die Verhandlungen begannen hätte, müßte Ungarn eine zweite Forderung stellen: die Revision der Friedensverträge. „Obne diese Revision gibt es keine Befriedigung und keine Neuordnung in dem in politischen und wirtschaftlichen Wirren verfallenden Europa.“

Mit allem Nachdruck darf Graf Weizsäcker dazu ermahnen, daß man „von der anderen Seite“ die Initiative ergreife. In Bezug wiederum hatte man gegenüber Oesterreich ebenfalls verlangt, die Initiative müsse auf diesem Gebiet anhängiger stattfinden in den offiziellen Informationsberichten, nur darin, daß bis zum heutigen Tag keinerlei konkreter Vorstoß für ein Wirtschaftsbündnis vorliegt. Dem ist nicht ganz so, und auf solche Versicherungen darf man auch in Deutschland nicht etwa eigene Untätigkeit gründen. Sind Bündnispläne noch nicht nach Paragrafen ausgearbeitet, so hat man doch schon seine Wünsche über den Weg, der zur mittleren Donauabänderung führen soll, festgelegt und kennt auch die Mittel, mit denen die Unterwerfung erzwungen werden soll. Es be-

## Alle sollen weg vom Goldstandard!

— sagt Professor Keynes

Eigene Meldung der Wossischen Zeitung

HAMBURG, 8. JANUAR

Professor Keynes, der hervorragende englische Nationalökonom und Wirtschaftspolitiker, lehrt sich heute abend im Hamburger Hebecker-Club, wovon ihn Dr. Weichlor eingeladen hatte, mit dem wichtigsten Finanzproblemen der Gegenwart auseinander.

Nach einer fast pessimistisch gehaltenen Wirtschaftsprognose für die unmittelbare Zukunft führte Professor Keynes seine zahlreich erschienenen Zuhörer durch diejenigen Momente vor Augen, die aus der Schwere der Gegenwart hinausweisen könnten. Die Notlage Englands vom Goldstandard, so führte Professor Keynes aus, sei ungewiss, sei ein Segen für die Welt. Schon allein die Tatsache, daß eine große Anzahl von Ländern dem englischen Beispiel bereits gefolgt sei, beweise die große Tragweite des Entschlusses der Bank von England. Mit der Notlage vom Goldstandard könnten die Vorkrisen beginnen, wieder ein stromschiff gefundenes Niveau zu erreichen. Eine Reihe von Ländern werde auch in diesem Jahre — nach der heute abend von Professor Keynes ausgeführten Theorie — den gleichen Schritt tun, und zwar vor allem Südafrika, Deutschland und sogar auch Holland. Die Furcht vor einer Inflation in Deutschland könne die ähmeren Bemerkungen der Deutschlands Wirtschaft gegenüber durch das Ansehen des Goldstandards in anderen Ländern ausgeht, ist nicht aufzugeben. Selbstverständlich betonte sich Professor Keynes zu der Auffassung, daß, abgesehen von den Extremen der Bergangenheit, Deflation, und nicht Inflation, der Feind“ sei.

Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen kam Professor Keynes auf das Reparations- und Kriegsschuldenproblem zu sprechen. Geweiht England in Frage komme, ruff Prof. Keynes in den Goal, geht es nicht einen einzigen Bürger, der sich nicht die richtige Annäherung von Reparationen und Kriegsschulden einsehe.

Die bevorstehende Konferenz in London solle, selbst auf die Gefahr hin, aufzulösen, verhindern, die endgültige Lösung zu bringen. Die zweite Möglichkeit für Kaufmann bestehe darin, die Dinge auf längere Zeit zu verschieben durch ein Moratorium für mindestens zwei oder drei Jahre. Doch eine dritte Möglichkeit sei vorhanden, und zwar beim Status quo zu bleiben, indem man das Moratorium kurze Zeit, eventuell bis Ende des Jahres, verlängere in der Erwartung einer Senkung der politischen Lage. Die gegenwärtige Lage lasse, so erklärt Keynes, die politische Möglichkeit der ersten Alternative — einer definitiven Lösung — wenig wahrscheinlich erscheinen, und die Statusamora müssen daher alles versuchen, die dritte Alternative, nämlich eine kurzfristige Verzögerung, durchzuführen.

Am Schluß seiner Ausführungen erklärte Professor Keynes, daß er in den letzten Jahren oft an der Möglichkeit der deutschen Erfüllungspolitik gewandelt habe. Jetzt aber, wo die Frucht der geüblichen Politik zu reifen beginnt, müßte Deutschland noch einige Zeit ausbauen, um sich die Größe nicht zu verlieren.

Abgeschlossen räumte Professor Keynes das Arbeiten von Dr. Weichlor, von dem man unter allen ausländischen Delegierten den Eindruck gewonnen habe, daß er mit allen Mitteln sich für die Obere Deutschlands einsetze.

Dr. Weichlor erwähnte in seinen kurzen Darlegungen, daß er, so sehr er Professor Keynes als Lehrer und Beherrscher der Lage kenne, dessen Standpunkt über Inflation und Deflation nicht ganz teilen könne.

## Kellogg hat Wallstreet gewarnt

Eigene Meldung der Wossischen Zeitung

NEW YORK, 8. JANUAR

Im Untersuchungsausschuß des Senats über die Antitrustpolitik der Banken wurde sich die Regierung gegen die Angriffe, die heute der Versicherung amerikanischer Spargelder unternommen wurde, durch die Verlesung von Dokumenten aus dem Bureaupapier zu verteidigen, aus denen hervorgeht, daß Kellogg schon 1926 die New-Yorker Bankiers auf die Risiken deutscher Anleihen hingewiesen hätte. Danach hat Kellogg darauf angedeutet, daß in den Antitrust-Prozessen dem politischen und wirtschaftlichen Risiko Rechnung getragen werde und in den Fällen der Bremer und Münchener Substantielle eine Untersuchung der produktionserwerbungen verlangt.

Diese Verteidigung wird die Position des Staatsdepartements aber kaum entlasten, da die regierungseigenen Staatsfunkzionäre weiter überzeugt sind, daß die Regierung die Dinge heute zweilen lassen, ohne pflichtgemäß und rechtzeitig einzugreifen.

## Französischer Diplomatenclub

Eigene Meldung der Wossischen Zeitung

PARIS, 8. JANUAR

Das „Journal Officiel“ veröffentlicht heute einen umfangreichen Diplomatenclub. Danach wird u. a. erwähnt werden: Charles-Poussin vom Generalstab in Prag, Vespere d'Armeson vom Generalstab in Paris, General zum Postballeit in Berlin und der Helfer des kaiserlichen Kaiserministeriums Et. Yves in Rom, Bibal, vom geistlichen Berater der französischen Botschaft beim Vatikan als Nachfolger des verstorbenen Abbe Wetterich.